

GERHARD HÜCKER

EUROPA NEU DENKEN

Für eine demokratische und souveräne Zukunft



Vigilia Verlag

Inhalt

Einführung	6
Zum Inhalt des Buches	7
Warum habe ich dieses Buch geschrieben?	10
Mein Eindruck	12

Kapitel 1

Die Entwicklung der Machtzentren der Welt	15
Das Aufkommen und die Konsolidierung Chinas	16
Das US-amerikanische Hegemonialzeitalter unter Druck	18
Die Europäische Union und ihre Herausforderungen	20
Russlands geopolitische Ambitionen	21
Indien als aufstrebende Supermacht	23
Der Aufstieg von Regionalmächten und anderen Machtzentren	25
Technologische Macht und die digitale Revolution	27
Das verstärkte Auftreten autokratisch-autoritärer Regierungen	27
Was bedeuten diese Entwicklungen für Europa?	28

Kapitel 2

»Europa« – Name und Abgrenzung	31
Welche Länder gehören zu Europa?	32
Wie kann man Europa abgrenzen?	34

Kapitel 3

Auf der Suche nach der Identität Europas	39
---	----

Kapitel 3a

Exkurs: War Karl der Große der Vater Europas?	55
--	----

Kapitel 4

Europäische Einigungsbestrebungen vor 1939	63
Friedensutopien und intellektuelle Entwürfe	64
Paneuropa-Bewegung	67
Politische Initiativen der Zwischenkriegszeit (1919–1939)	68

Kapitel 5

Die Stunde null – Folgen des Zweiten Weltkriegs für Europa	71
Deutschland	72
Frankreich	75
Polen und das Baltikum	76
Österreich	77
Italien	77
Deutsche Verbrechen	79
Kriegsverbrechen der Alliierten	84

Kapitel 6

Die neuere Geschichte Europas – vom Aufbau zur Union	93
--	----

Kapitel 7

Die Institutionen der EU – wie funktioniert das gegenwärtige Europa	105
Die Legislative der EU	106
Die Exekutive der EU	110
Der Europäische Gerichtshof (EuGH)	113
Die Europäische Zentralbank (EZB)	113
Der Rechnungshof	113
Eine Besonderheit: der Schengen-Raum	113

Kapitel 8

Die wesentlichen Defizite der Europäischen Union	117
Das demokratische Legitimations- und Beteiligungsdefizit	118
Ungleiche Voraussetzungen bei Entscheidungsprozessen	119
Fehlende Durchsetzung von Rechtsstaatlichkeit	120
Überkomplexität, Überregulierung und »Brüsseler Bürokratie«	121
Spannungen zwischen nationaler Souveränität und europäischer Integration	123
Ungleichheiten und Ungleichbehandlung kleiner und großer Mitgliedsstaaten	123
Probleme der Währungsunion (Eurozone)	125
Keine koordinierte Flüchtlings- und Asylpolitik	126
Eine diffuse Außen- und Sicherheitspolitik	127
Korruption und Missbrauch von EU-Geldern	129
Das Fazit dieser grundlegenden Defizite	131

Kapitel 9

Optionen für die Kooperation europäischer Staaten	135
Für welchen Weg soll sich Ihr Land hinsichtlich der Vereinigung der europäischen Staaten einsetzen?	136

Kapitel 10

Europa neu denken – Grundgedanken und Realisierung	143
Die Akzeptanz der Realität	144
Die Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch basisdemokratische Elemente	146
Der geopolitisch bedingte Zwang zum sofortigen Handeln	148
Die Bewahrung des bei der Einigung bisher Erreichten	149
Die Bewahrung der kulturellen und ethnischen Vielfalt	150

Kapitel 11

Die Sicherung Europas in existenziellen Fragen	163
Zum Thema Asyl	165
Zum Thema Migration	168
Zum Thema Einwanderung	170
Zum Thema Klimaschutz und Energietransformation	173

Kapitel 12

Die Rolle der Bürger im Zusammenhalt Europas	193
---	-----

Kapitel 13

Mindestanforderungen an Repräsentanten und Führungskräfte	199
--	-----

Epilog	206
---------------------	-----

Einführung

Das Thema »Europa« ist aktuell. Welches Europa wollen wir? Das ist die Frage. Viele Menschen haben sich darüber Gedanken gemacht.

Nicht alle Ideen, die ich in diesem Buch vorstelle, sind deshalb neu. Viele kluge Gedanken wurden bereits beschrieben und fanden auch Eingang in meine Gedankenwelt.

Unsere Welt hat sich geändert. Die Welt, in der ich aufgewachsen bin, die Kriegs- und Nachkriegszeit, hat mit der heutigen Welt nur noch wenig zu tun. Ich klage nicht darüber, es ist auch nicht alles schlechter geworden, eben nur anders.

Es gab noch kein Fernsehen, keine Computer, keine Handys. 1953 fuhr ich zum ersten Mal nach England, mit dem Zug. Wir brauchten ein Transitvisum für Belgien, ein Aufenthaltsvisum für England, wurden an der Grenze zu Belgien zwei Stunden in Herbesthal »gefilzt«, dann in Dover noch einmal, ehe wir nach 16 Stunden Fahrt in London ankamen. Und das gleiche Szenario auf der Rückfahrt. Es gab in London Sachen zu kaufen, die es in Deutschland nicht gab. Ich fand das interessant.

Als ich 1954 in ein Schülercamp nach Frankreich fuhr, fragte mich meine Großmutter: »Du fährst zu unseren natürlichen Feinden?« Mit dieser Ansicht war sie unter Kaiser Wilhelm erzogen worden. Dabei hatten die französischen Jungen keine anderen Interessen als wir, wie ich schnell feststellte.

Allein diese zwei Erinnerungen – die Tatsache, dass wir uns heute innerhalb Europas im Wesentlichen ohne Schranken frei bewegen können, und dass die Jahrhunderte dauernde Feindschaft zwischen Frankreich und Deutschland heute überwunden ist – grenzen für mich an ein Wunder und zeigen Wert und Wichtigkeit der europäischen Vereinigungsbestrebungen der letzten Jahrzehnte, die nicht vergeblich sein dürfen.

Ich habe gelernt, dass unsere Kultur und unsere Tradition das Fundament unseres Zusammenlebens sind, trotz der Amerikanisierung nach dem Zweiten Weltkrieg. Heute sind diese Fundamente zerfallen, Werte sind beliebig geworden. Die Globalisierung fordert ihren Tribut.

Heute ringen Jung und Alt miteinander, nicht nur um die Rente, sondern auch um ihre Sorgen und Träume. Die jungen Menschen sorgen sich um ihre Zukunft, haben Angst vor dem Identitätsverlust, vor einer Überforderung, vor dem Unbekannten.

Wir Älteren übertragen unsere Sorgen und unsere Unsicherheit auf die Jugend. Wir mahnen, warnen, und dabei halten wir uns an Ritualen und Gewohnheiten fest, die der Gesellschaft längst schon keinen Halt mehr geben.

Wie wäre es, wenn wir Älteren aufhören würden, die Vergangenheit zu verteidigen, und stattdessen den Mut fänden, nicht gegen Veränderungen anzukämpfen, sondern nachzudenken, wie wir die Zukunft möglichst optimal gestalten können? Das ist ein wesentliches Ziel dieses Buches.

Es ist kein wissenschaftliches Werk, sondern ein Sachbuch, in das meine eigenen Meinungen, Bewertungen und Interpretationen eingeflossen sind. Die erwähnten Fakten sind soweit wie möglich überprüft. Im Interesse einer besseren Verständlichkeit wurde häufig auf die Erwähnung durchaus interessanter Details verzichtet.

Zum Inhalt des Buches

Der erste Abschnitt des Buches widmet sich der Frage, welchen Herausforderungen sich Europa stellen muss. Wer sind die anderen Player dieser Welt?

Was heißt eigentlich »Europa«? Woher kommt der Name, wie kann man es geografisch abgrenzen, und wodurch erhält es seine Identität? Mit dieser Frage und den wissenschaftlichen Perspektiven einer möglichen Identität für ein vereintes Europa beschäftigt sich der zweite Abschnitt des Buches.

Was kann für Europa identitätsstiftend sein? Um diese Frage möglichst umfassend zu beantworten, bedarf es eines Blickes in die Ge-

schichte der Nationalstaaten, ihrer jeweiligen Zusammenschlüsse und Einigungsbestrebungen, auch ihrer Kriege. Dies erfolgt im dritten Abschnitt so ausführlich, wie es mir erforderlich erscheint, um eine qualifizierte Aussage zu treffen.

Jährlich wird in Aachen der Karlspreis für Verdienste um die Einigung Europas vergeben. Gibt uns der Bezug auf Karl den Großen oder die kurze Darstellung der geschichtlichen Entwicklung von seiner Herrschaft bis zur Neuzeit einen Hinweis auf eine gemeinsame Identität der europäischen Nationalstaaten? Ein Exkurs versucht, eine Antwort auf diese Fragen zu finden.

Schon lange gibt es Bestrebungen, die europäischen Nationalstaaten zu vereinen. Die Bestrebungen der letzten 250 Jahre von Immanuel Kant und Victor Hugo bis zum Beginn des Zweiten Weltkriegs im Jahr 1939, ihre Utopien, die intellektuellen Entwürfe und die gescheiterten Vorhaben zu ihrer Realisierung werden – als Beispiel, wie es nicht funktioniert – im vierten Abschnitt dargestellt.

In Abschnitt fünf wird die Situation zur Stunde null am Ende des Zweiten Weltkriegs 1945 beschrieben. Welche Wunden hatten die Bürger der sich bekämpfenden Nationalstaaten zu verkraften? Welche Verbrechen wurden im und nach dem Krieg begangen? Wie sah der Ausgangspunkt für die Einigungsbestrebungen nach 1945 aus? Welche Widerstände waren und sind heute noch zu überwinden? Was bedeutet das für ein zukünftiges vereintes Europa?

Der sechste Abschnitt stellt die Geschichte Europas von der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bis hin zur Europäischen Union dar. Was wurde angestrebt, was wurde erreicht?

Abschnitt sieben beschreibt die Institutionen und den Funktionsmechanismus der derzeitigen Europäischen Union mit all ihren positiven und negativen Ausprägungen – es ist der Versuch einer nüchternen Bestandsaufnahme.

Im achten Abschnitt werden die Defizite der derzeit gelebten Realität in der EU beschrieben. Die Mängel werden dargestellt und die Herausforderungen formuliert, an denen sich eine Empfehlung für ein »besseres« gemeinsames Europa orientieren sollte.

Abschnitt neun beschreibt die Alternativen, unter denen die Bürger Europas ihre Präferenzen hinsichtlich einer Vereinigung oder auch Rückabwicklung Europas wählen können.

Der zehnte Abschnitt definiert zunächst die Grundgedanken der ordnungspolitischen Eckpfeiler eines neu gedachten Europas: die Akzeptanz der Realität und die Einsicht, dass es so wie bisher mit Europa nicht weitergehen kann. Der Zwang zu einem schnellen Handeln und die Forderung der Bewahrung, aber gleichzeitigen Verbesserung des Erreichten, das wir nicht geringschätzen sollten, werden begründet. Die Wichtigkeit der Wahrung kultureller nationaler Errungenschaften wird betont. Anschließend werden die Vorgehensweise bei der Umsetzung der ordnungspolitischen Eckpfeiler eines neu gedachten Europas, der Plan und seine wesentlichen Bestandteile beschrieben.

Europa wird kein vereintes Europa werden können, solange wir nicht in existenziellen Grundfragen wie beispielsweise der Asyl- und Migrationspolitik einer Meinung sind. Mit dieser und einer anderen vielleicht existenziellen Frage, nämlich der Notwendigkeit einer durch die EU geregelten Klimapolitik, setzt sich Abschnitt elf auseinander.

Der zwölfte Abschnitt widmet sich der Aufgabe, darzustellen, wie jeder einzelne europäische Bürger dazu beitragen kann, durch aktive Mitarbeit den europäischen Zusammenhalt zu fördern. Es wird die Frage beantwortet, wie man sicherstellen kann, dass künftige Wähler beurteilen können, worüber sie eine Entscheidung treffen sollen.

Eine Besonderheit wird im dreizehnten Abschnitt besprochen: die Qualifikation und die Stellung der europäischen Politiker, das heißt der Abgeordneten beider Kammern und der Regierungsmitglieder sowie hoher Verwaltungsbeamter. Denn solange keine für die gemeinsamen Aufgaben qualifizierten Persönlichkeiten Entscheidungen von so großer Tragweite für alle Europäer treffen, wird es auch keine tragfähigen Lösungen geben.

Den Schluss bildet ein Epilog, gleichsam ein kritischer Rückblick auf das Geschriebene mit einem Ausblick auf erhoffte Reaktionen und die Benennung alternativer Vorgehensweisen bei der Verfolgung des gemeinsamen Ziels: Europa wirklich zu einen.

Warum habe ich dieses Buch geschrieben?

Es gibt mehrere Gründe:

1. Unsere Verpflichtung, über Europa nachzudenken

Ich bin der festen Überzeugung, dass mündige Bürger die Verpflichtung haben, über die Zukunft Europas nachzudenken und sie mitzugestalten. Der Gedanke eines »vereinten Europas« ist zu schade, um ihn alleine den Politikern zu überlassen. Die Bürger Europas müssen in die Entscheidungen eingebunden werden.

2. Nur ein vereintes Europa kann in der Welt bestehen

Europa hat im Spiel der Mächte weltweit nur dann eine Chance, wenn es mit einer Stimme spricht. Ich fühle mich in dieser Auffassung vor allem durch den Krieg Russlands gegen die Ukraine und die damit verbundenen Folgen – die Fragen zum USA-Europa-Verhältnis in der NATO und die zögerlichen Sanktionen der EU gegen den Aggressor – bestärkt. Immer mehr Bürger Europas teilen diese Meinung.

Die Entwicklung mehrerer geopolitischer Zentren, die zum Teil autoritär-autokratisch geführt werden, verstärken diese Forderung. Demokratien, also verfassungsrechtlich geführte Staaten, bedürfen der Stärkung ihrer Widerstandsfähigkeit gegen diese Entwicklungen.

3. Die jetzige EU ist nicht reformierbar – ihr Zustand ist inakzeptabel

Die existierenden Strukturen der Europäischen Union (EU) sind nicht reformierbar, obwohl es dringend erforderlich wäre. Solange wesentliche Entscheidungen von 27 Mitgliedsstaaten einstimmig getroffen werden müssen, sind Veränderungen systemimmanent blockiert. Das gilt es zu ändern.

Zugleich ist der gegenwärtige Zustand Europas für seine Bürger inakzeptabel. Während Ursula von der Leyen in Aachen mit dem Karlspreis für ihre Führungsrolle in der EU gefeiert wird, wächst nicht nur im Osten Europas, aber vor allem dort die fundamentale Kritik an der Brüsseler Zentralmacht. Victor Orbán, der ungarische Ministerpräsident, spricht offen von einem gestohlenen europäischen Traum, der

einst für Frieden, Vielfalt und nationale Souveränität stand und heute einem bürokratischen Albtraum gewichen sei, der Identitäten auslöscht und Schulden vergemeinschaftet. In vielen europäischen Staaten entstehen konservative Allianzen jenseits des Machtzentrums, und rechtsextremistische Anführer werden, wie die AfD-Vorsitzende Alice Weidel auf der »Conservative Political Action Conference« in Budapest im Frühjahr 2025, mit stehenden Ovationen empfangen.

Die Unterschiede zwischen Theorie und Wirklichkeit können kaum größer sein. Auf der einen Seite steht die EU-Kommissionspräsidentin, die milliardenschwere Programme ohne wirkliche demokratische Kontrolle durchwinkt und die ein europaweites Kontrollnetz der digitalen Überwachung aufbauen will, auf der anderen Seite rechte Parteien wie das »Rassemblement National« in Frankreich, »Lega« und »Fratelli d'Italia« in Italien, die »Slovenská národná strana« (SNS) in der Slowakei, die »Partij voor de Vrijheid« (PVV) und das »Forum voor Democratie« (FvD) in den Niederlanden, die »Prawo i Sprawiedliwość« (PiS) in Polen, die »Vox« in Spanien, die »Perussuomalaiset« in Finnland, die »Freiheitliche Partei Österreichs« (FPÖ) in Österreich, die »Sverigedemokraterna« (SD) in Schweden, »Magyar Polgári Szövetség Fidesz« und »Mi Hazánk Mozgalmom« in Ungarn, die »Vlaams Belang« in Belgien, die »Svoboda a přímá demokracie« (SPD) in Tschechien und die »Alternative für Deutschland« (AfD) in Deutschland – erschreckend. All diese rechten Parteien erhalten Zuspruch von vielen Bürgern, auch international.

Brüssel etabliert ein Kontrollregime, das aus meiner Sicht Meinungsfreiheit, politische Opposition und nationale Souveränität zunehmend unter Druck setzt. Bürgerliche Freiheiten werden durch die per digitalen Euro faktische Bargeldabschaffung, die geplante Echtzeitüberwachung aller digitalen Kanäle und den beabsichtigten Zwang für Firmen, ab 2030 nur noch E-Autos kaufen zu dürfen, um nur einige der vielen Beispiele zu nennen, massiv beschnitten.

4. Der freie Markt für Güter, Personen und Dienstleistungen muss erhalten bleiben

Das, was in der Nachkriegszeit durch die Zusammenarbeit der europäischen Staaten erreicht wurde, vor allem die Freiheiten des gemeinsamen Marktes, muss erhalten bleiben. Dem muss eine »Erneuerung« Europas Rechnung tragen.

5. Die kulturelle Vielfalt Europas ist ein Wert für sich

Die kulturelle Vielfalt der europäischen Staaten, die ich erlebt habe, stellt einen Wert für sich dar und sollte unbedingt bewahrt werden. Ich glaube, dass jede Gleichmacherei in Form einer Nivellierung kultureller Unterschiede der Bedeutung jeder einzelnen europäischen Nation nicht gerecht wird. Dem Wunsch nach Souveränität der einzelnen europäischen Nationalstaaten muss so weit wie möglich entsprochen werden. Gerade das macht Europa doch interessant. Ein Europa der Vaterländer muss unser Ziel sein. Die Einführung des Subsidiaritätsprinzips ist dabei unabdingbar.

Mein Eindruck

Trotz der Machtdemonstration Brüssels bröckelt das Vertrauen der europäischen Bürger in die EU als Institution. Es gibt berechtigte Kritik, die Unterstützung Brüssels schrumpft. Viele im Grunde »Pro-Europa-Bürger« sind mit der aktuellen Politik und vor allem der Bürokratie in Brüssel unzufrieden. Sie wehren sich gegen die häufigen Bevormundungen, wollen deshalb Reformen, aber nicht den Austritt aus der EU. Ob die Bürger der EU-Mitgliedsstaaten mehrheitlich »für oder gegen Europa« sind, lässt sich derzeit nicht pauschal beantworten.

Tatsache ist, dass alle bisherigen Bestrebungen zur Schaffung eines europäischen Staates an der Unfähigkeit unserer Politiker scheiterten, die EU-Bevölkerung davon zu überzeugen, in wichtigen Fragen auf ihre nationalen Souveränitäten zu verzichten und zusammenzuarbeiten. Man hat in allen Entwicklungsstadien der EU vergessen, die Bürger mitzunehmen und angemessen an den Entscheidungen zu beteiligen. Wir müssen ein Europa schaffen, das unsere Bürger wollen.

Die derzeitigen geopolitischen Voraussetzungen stellen uns Europäer vor neue Herausforderungen. Herausforderungen sind immer mit Chancen verbunden, nur müssen wir sie ergreifen. Mit der Rückkehr des Krieges nach Europa, dem völkerrechtswidrigen Angriff Russlands auf die Ukraine, und den Überlegungen der derzeitigen US-amerikanischen Administration, ihre Bereitschaft zur Abschreckung eventueller Aggressoren gegen die NATO-Mitgliedsstaaten infrage zu stellen, sehe ich ein Zeitfenster geöffnet, in dem die Nationalstaaten Europas ihre Haltung zu einem gemeinsamen Europa überdenken müssen, um die eigene Entwicklung voranzutreiben. Dieses Zeitfenster gilt es schnell zu nutzen, so wie es uns Helmut Kohl Ende der 1990er-Jahre des letzten Jahrhunderts vorgemacht hat, als er das sich plötzlich öffnende Fenster zur Wiedervereinigung Deutschlands genutzt hat. Wir müssen rasch handeln, um unsere geschichtliche Chance nicht zu verpassen.

Und wir müssen das Ziel kennen, um den richtigen Weg zu finden: einen föderal aufgebauten europäischen Staat, dessen Vervollständigung weitere Jahrzehnte, wenn nicht Jahrhunderte dauern wird. Alles andere ist meines Erachtens eine Illusion. Aber wir müssen anfangen: sofort! Wir brauchen dringend ein »neues Europa«.

In diesem Sinne habe ich meine Vorschläge erarbeitet und stelle sie hiermit zur Diskussion.

Kronberg, im Herbst 2025



Gerhard Hücker

Kapitel 1

Die Entwicklung der Machtzentren der Welt

Europa steht vor großen Herausforderungen. Wir trennen unsere Welt nicht mehr nach »Ost« und »West«. In den letzten 25 Jahren hat sich die geopolitische Landschaft der Welt erheblich verändert, speziell was ihre Machtzentren betrifft. Dafür sind verschiedene Faktoren verantwortlich: die Wirtschaft, technologische Entwicklungen, machtpolitische Ambitionen, das weltweite Erstarken autokratisch-autoritärer Regierungen, sogar innerhalb Europas, unterschiedliche Kulturen und globale Herausforderungen wie der Klimawandel und Pandemien. Sie haben das weltweite Machtgefüge umgestaltet. Auf die vorbehaltlose Zusammenarbeit aus Zeiten des Ost-West-Konfliktes, wie sie z. B. zwischen Europa und den USA bestand, ist kein Verlass mehr. Die wichtigsten Veränderungen möchte ich im Folgenden beschreiben.

Das Aufkommen und die Konsolidierung Chinas

China hat in den letzten 25 Jahren eine beispiellose wirtschaftliche Transformation durchlaufen und sich von einer überwiegend agrarischen Gesellschaft zu einer der führenden Wirtschaftsnationen entwickelt. Seit dem Beitritt zur Welthandelsorganisation (WTO) im Jahr 2001 hat China seine Präsenz auf den globalen Märkten massiv ausgebaut. Dies wurde durch die Industrialisierung, durch Infrastrukturprojekte wie die »Neue Seidenstraße« und strategische Investitionen in Technologie und Innovation sowie durch gezielte machtpolitisch motivierte Aktivitäten in Afrika und Südamerika ermöglicht.

China strebt an, die USA als führende Weltmacht zu ersetzen. Vor allem im Bereich der Technologie, insbesondere bei künstlicher Intelligenz und 5G, dem E-Commerce und der Raumfahrt sowie durch die geopolitische Einflussnahme in Afrika, Asien und Europa hat sich China als wichtige globale Macht etabliert. Auch militärisch hat China seine Präsenz vor allem im asiatisch-pazifischen Raum ausgebaut, was zu Spannungen, besonders im Südchinesischen Meer und gegenüber Taiwan, geführt hat.

Wie groß ist die Leistungsfähigkeit Chinas?

China ist mit einer Fläche von 9.595.961 km² das viertgrößte Land der Welt, hat eine Bevölkerung von ca. 1,4 Milliarden Menschen und mit etwa 18 Billionen US-Dollar ein Bruttoinlandsprodukt (BIP) – hier als Maßstab seiner Wirtschaftsleistung genommen –, das derzeit das zweitgrößte der Welt ist. Berücksichtigt man die unterschiedlichen Preisniveaus zwischen den jeweiligen Ländern, so lag das Kaufpreis-Bruttoinlandsprodukt KK-BIP Chinas mit 33 Billionen US-Dollar im Jahr 2023 sogar an der Spitze der Industrieländer, vor den USA mit 27 Billionen. Zum Vergleich: Japan lag bei 6,2 Billionen, Deutschland bei 5,7 Billionen US-Dollar.

Das durchschnittliche Wirtschaftswachstum Chinas lag in den letzten zehn Jahren bei durchschnittlich 5 % p. a.

Politisch betrachtet ist China ein sozialistischer Einparteiensstaat unter Führung der Kommunistischen Partei Chinas. Sein Staatsoberhaupt mit anscheinend uneingeschränkter Macht ist seit 2013 Präsident Xi Jinping.

Das Militär stellt mit rund zwei Millionen aktiven Soldaten die größte Armee der Welt dar. Zusätzlich gibt es etwa 510.000 Reservisten und 625.000 paramilitärische Kräfte. Die Landstreitkräfte, das Heer der Volksbefreiungsarmee, stellen mit rund 1,6 Millionen Soldaten die größte Teilstreitkraft des Landes dar. Insgesamt verfügt das chinesische Militär über mehr als drei Millionen Soldaten, einschließlich der Reservisten und paramilitärischen Einheiten. Zudem hat China den zweitgrößten Militäretat der Welt.

Ein Problem für das Land stellt seine derzeitige Altersstruktur dar. Sie unterliegt einem signifikanten Wandel, der tiefgreifende Auswirkungen auf die Gesellschaft und die Wirtschaft haben wird.

Der Bevölkerungsanteil der Menschen unter 15 Jahren wird sich von derzeit etwa 16 % auf voraussichtlich nur noch 10 % im Jahr 2050 verringern, die Erwerbsbevölkerung der 15- bis 64-Jährigen von derzeit knapp 70 % wird sich auf nur noch 50 % im gleichen Zeitraum reduzieren, während der Anteil der über 65-Jährigen von derzeit 14 % auf etwa 31 % wachsen wird.

Der Altersquotient Chinas, der das Verhältnis von Personen im Rentenalter zu Personen im erwerbsfähigen Alter angibt, wird sich demnach von 2023 mit knapp 46,5 % auf ca. 50 % im Jahr 2050 erhöhen, d. h., 100 Personen im erwerbsfähigen Alter müssten 2050 dann 50 Senioren und Kinder finanzieren.

Diese demografische Entwicklung bringt mehrere Herausforderungen mit sich: Ein wachsender Anteil älterer Menschen erhöht den Druck auf das Renten- und Gesundheitssystem. Die abnehmende Zahl der Personen im erwerbsfähigen Alter könnte zu einem Arbeitskräftemangel und zu geringerer wirtschaftlicher Dynamik führen. Trotz der Aufhebung der Ein-Kind-Politik und der Einführung einer Drei-Kind-Politik bleibt die Geburtenrate niedrig, was die demografischen Herausforderungen verschärft.

Fazit: Trotzdem müssen wir Europäer realisieren, dass mit China weltpolitisch zu rechnen ist.

Das US-amerikanische Hegemonialzeitalter unter Druck

Die USA blieben nach dem Ende des Kalten Krieges eine unangefochtene Supermacht und behaupteten in den letzten 25 Jahren weiterhin ihre dominante Rolle auf der Weltbühne. Dennoch kämpft das Land zunehmend mit eigenen Herausforderungen, und besonders der 11. September 2001 mit dem darauffolgenden »Krieg gegen den Terror« in Afghanistan und im Irak sowie die Finanzkrise von 2007/08 haben das internationale Ansehen und die politische Stabilität der USA ins Wanken gebracht.

Unter Präsident Donald Trump (2017–2021 und ab 2025) erlebte die amerikanische Außenpolitik eine starke Wende hin zu einem unilateralen Ansatz und einer zurückhaltenderen Rolle im internationalen System. »Make America great again« lautet das Motto. Dies zeigte sich in der Ablehnung von multilateralen Abkommen wie dem Pariser Klimaabkommen und dem iranischen Atomabkommen sowie der Erkenntnis, dass die USA ihre globalen Verpflichtungen überdenken wollen, speziell auch ihre Mitgliedschaft in der NATO. Die neue Amtsübernahme durch Präsident Trump 2025 lässt vermuten, dass sich die

USA wieder mehr auf sich selbst (Stichwort »America first«) und die unmittelbar angrenzenden Staaten konzentrieren und sich hinsichtlich ihrer weltpolitischen Ambitionen auf die Konkurrenz mit China fokussieren könnten.

Wie sieht es mit der Leistungsfähigkeit der USA aus?

Die Altersstruktur des Landes verändert sich, weil auch dort der Anteil älterer Menschen zu- und der Anteil jüngerer Menschen abnimmt. Der Anteil der Menschen unter 15 Jahren wird bis 2050 voraussichtlich leicht von derzeit 17 % auf 16 % schrumpfen, die Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 65 Jahren von derzeit 65 % auf etwa 61 % zurückgehen und die Anzahl der über 65-Jährigen im gleichen Zeitraum von derzeit 17 % auf etwa 23 % ansteigen.

Der Altersquotient der USA wird sich demnach von 2023 bis 2050 um 30 % erhöhen, d. h., 100 Personen im erwerbsfähigen Alter müssten 2050 ca. 70 statt 2023 nur 54 Senioren und Kinder finanzieren.

Hinsichtlich des Altersquotienten gilt es in den USA allerdings eine Besonderheit zu beachten: die Einwanderung. Sie hat einen signifikant positiven Einfluss auf die Altersstruktur des Landes. Eine anhaltende Zuwanderung könnte zu einer Verjüngung der US-Bevölkerung führen und dem demografischen Alterungstrend entgegenwirken.

Die Einwohnerzahl der USA könnte in den nächsten 20 Jahren von gegenwärtig knapp 300 Millionen auf etwa 450 Millionen Menschen anwachsen. Ein großer Anteil der Zuwanderer sind erfahrungsgemäß gut ausgebildete und arbeitswillige Einwanderer im erwerbsfähigen Alter. Dies würde zu einem Ausgleich der alternden einheimischen Bevölkerung führen und damit den Anteil der arbeitenden Bevölkerung erhöhen. Die Einwanderung könnte dazu beitragen, dass die USA im Gegensatz zu vielen anderen Industrieländern ein Bevölkerungswachstum verzeichnen und ihre Erwerbsbevölkerung verjüngen.

Fazit: Die USA werden ein geopolitisches Machtzentrum bleiben.

Die Europäische Union und ihre Herausforderungen

Die Europäische Union hat sich in den letzten 25 Jahren in vielen Bereichen weiterentwickelt, steht allerdings vor signifikanten Herausforderungen. Sie durchlief eine Erweiterung von 15 auf 28 Mitgliedsstaaten, bevor Großbritannien 2016 für den Brexit stimmte und die EU vier Jahre später den Verlust eines großen Mitglieds verzeichnen musste. Diese politischen Spannungen haben die Fähigkeit der EU, als kohärentes Machtzentrum zu agieren, belastet.

Die EU ist derzeit noch eine der wichtigsten Wirtschafts- und Handelsregionen der Welt, und ihr Einfluss in internationalen Institutionen wie der Welthandelsorganisation sowie ihre Rolle als globaler Akteur im Bereich der Klimapolitik und Menschenrechte sind weiterhin bedeutend. Dennoch gibt es innerhalb der EU tiefgehende Differenzen, vor allem in Bezug auf Themen wie Migration, Wirtschafts-, Finanz- und Außenpolitik. Diese Uneinigheiten erschweren die interne Kohäsion und können dazu führen, dass der Einfluss der EU schwindet.

Wie groß ist die Leistungsfähigkeit der EU?

Die Altersstruktur in den EU-Ländern variiert erheblich, wobei ein allgemeiner Trend zur Alterung der Bevölkerung zu beobachten ist. Der Anteil der Menschen unter 15 Jahren lag 2023 bei ca. 17 % und wird sich – nach einem kurzen stärkeren Rückgang – bis 2050 bei etwa 16 % stabilisieren. Die Zahl der erwerbstätigen 15- bis 64-Jährigen wird von derzeit etwa 65 % auf rund 61 % zurückgehen, während im gleichen Zeitraum die Zahl der über 65-Jährigen von etwa 18 % auf ca. 21 % steigen wird.

Der Altersquotient für das jetzige Gesamteuropa dürfte sich demnach von derzeit unter 50 % auf 59 % erhöhen. Diese demografischen Veränderungen werden die EU vor erhebliche Herausforderungen stellen, insbesondere in Bezug auf Sozialsysteme, die Gesundheitsversorgung und den Arbeitsmarkt.

Im multipolaren System der Weltmächte verliert die EU in ihrer derzeitigen Verfassung jegliche Relevanz. Sie muss dringend reformiert werden, um den ihr aufgrund der wirtschaftlichen Position und vor allem hinsichtlich des Ausbildungsstandes ihrer Bevölkerung angemessenen Platz in der Welt einnehmen zu können.

Fazit: Wenn die Differenzen der Nationalstaaten nicht behoben werden und Europa nicht zu einer Einheit zusammenwächst, werden die einzelnen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union weltpolitisch keine Bedeutung haben.

Russlands geopolitische Ambitionen

Russland hat nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991 eine schwierige wirtschaftliche und politische Phase durchstanden, seit der Amtsübernahme von Wladimir Putin 2000 jedoch seinen Einfluss wieder ausgebaut. Besonders seit dem Kaukasuskrieg 2008, der Annexion der Krim 2014 und dem seit 2022 andauernden Krieg gegen die Ukraine hat Russland seine geopolitischen Ambitionen klar artikuliert und sich als militärische und politische Herausforderung für die westlichen Staaten positioniert.

Gleichzeitig war das Land in der Lage, die zeitweise auftretenden Differenzen zu China, mit dem es einst am Rand eines Krieges stand, weitgehend zu beseitigen und sogar zu einer partiellen Zusammenarbeit zu führen.

Die militärische Intervention in Syrien und die kontinuierliche Einflussnahme auf die politische Lage in der Ukraine sind Ausdruck dieser Ambitionen. Russlands Außenpolitik konzentriert sich zunehmend auf die Schaffung von Alternativen zu westlich dominierten Institutionen, etwa durch die Shanghai Cooperation Organization (SCO) oder die BRICS-Staaten, eine Vereinigung vor allem autoritär regierter Staaten.

Wie steht es um die Leistungsfähigkeit Russlands?

Russland ist offiziell eine Präsidialrepublik mit stark zentralisierter Macht, derzeit aber de facto eine Diktatur, die von Putin gewogenen Oligarchen und dem Geheimdienst, dem Putin selbst angehört, unterstützt wird. Davon profitieren alle drei Parteien. Putin versucht, seine realpolitischen Positionen mit seinem autoritär geführten Land quasi missionarisch durch einen Kampf für traditionelle Werte wie Religion, Männlichkeit und dergleichen durchzusetzen. Dabei versteht er es geschickt, die in der Welt und vor allem in Europa herrschenden Span-

nungen auszunutzen. Putin beabsichtigt nicht nur, die westlichen Gesellschaften zu spalten, sondern auch, das Vakuum auszufüllen, das durch den Zerfall des zentralen Überbaus der Sowjetunion und ihrer tragenden Ideologeme im Inneren Russlands entstanden ist.

Russland ist das größte Land der Welt mit einer Landfläche von 17.098.246 km², was etwa 11 % der Landfläche der Erde entspricht. Seine Bevölkerungszahl liegt bei ca. 136 Millionen Menschen, und es hat mit einem Bruttoinlandsprodukt von ca. 4,4 Billionen US-Dollar die elftgrößte Wirtschaft der Welt.

Das Land ist führend bei Öl- und Gasexporten, verfügt über wesentliche Rohstoffvorkommen an Nickel, Gold, Platin, Diamanten und Kohle, ist allerdings abhängig von diesen Rohstoffen und hinsichtlich seiner wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeit derzeit infolge der Sanktionen nach dem Beginn des Ukrainekrieges schwer einzuschätzen. Die Kriegswirtschaft befördert zwar die Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, jedoch behindern die Sanktionen auf der einen Seite und die nur begrenzte Diversifikation der Wirtschaft auf der anderen eine sinnvolle und für die Bevölkerung als notwendig und wünschenswert zu betrachtende Wohlstandsentwicklung. Doch die russische Bevölkerung hat in der Geschichte bereits mehrfach bewiesen, leidensfähig zu sein.

Russland verfügt über die zweitgrößte Armee der Welt mit derzeit ca. 3,5 Millionen Militärangehörigen, darunter etwa 1,3 Millionen aktiven Soldaten, 2 Millionen Reservisten und 250.000 paramilitärischen Kräften. Inwieweit deren Schlagkraft durch den Ukrainekrieg geschwächt wurde, kann nur vermutet werden. Laut SIPRI, dem Stockholm International Peace Research Institute, betragen Russlands Militärausgaben im Jahr 2024 etwa 150 Milliarden US-Dollar und sollen 2025 um weitere 4 % anwachsen. Dies macht einen erheblichen Anteil des Staatshaushaltes aus. Es ist zu befürchten, dass die Entwicklung des Militärpotenzials auch nach Kriegsende anhalten wird.

Die Altersstruktur Russlands wird sich zwischen 2023 und 2050 laut Prognose wie folgt ändern: Der Anteil der unter 15-Jährigen wird von derzeit ca. 17 % auf etwa 15 % zurückgehen. Der Anteil der Erwerbsbevölkerung zwischen 15 und 64 Jahren wird von derzeit rund

66 % auf etwa 61 % sinken. Der Anteil der über 65-Jährigen wird von derzeit ca. 18 % auf etwa 23 % im Jahr 2050 steigen.

Der Altersquotient Russlands wird demnach zwischen 2023 und 2050 um etwa 20 % steigen. Dies bedeutet zwar eine signifikante Zunahme des Anteils älterer Menschen und stellt auch eine beachtliche soziale und wirtschaftliche Herausforderung dar, liegt aber niedriger als der entsprechende Anstieg in Europa.

Fazit: Durch seine diktatorische Führung, die Größe seines Staatsgebietes und seine Ressourcen wird Russland trotzdem eine geopolitisch zu beachtende Größe bleiben.

Indien als aufstrebende Supermacht

Indien ist eine parlamentarische Bundesrepublik mit einer Fläche von 3.287.263 km² und einer Verfassung, die 1950 in Kraft trat und auf demokratischen Prinzipien, ähnlich den Modellen von Großbritannien und den Vereinigten Staaten, basiert. Seine politische Struktur vereint föderale und parlamentarische Elemente.

Das Land hat sich in den letzten Jahrzehnten als eine der am schnellsten wachsenden Wirtschaftsnationen etabliert. Mit mehr als 1,4 Milliarden Menschen verfügt Indien laut Schätzungen über die größte Bevölkerung der Welt, vor allem eine mit den jüngsten Arbeitskräften angesichts eines 50-Prozent-Anteils von unter 29-Jährigen an der gesamten arbeitenden Bevölkerung. Somit ist Indien eine der größten und komplexesten Demokratien der Welt.

Der demografische Vorteil ermöglicht eine hohe Produktivität und ein starkes Wachstumspotenzial in verschiedenen Sektoren. Mit einer jungen Bevölkerung und einer zunehmenden Bedeutung im Bereich der Technologie und des internationalen Handels wird Indien eine immer größere Rolle auf der globalen Bühne spielen können. Indien ist bereits heute ein Zentrum für IT-Dienstleistungen, Softwareentwicklung und Start-ups, insbesondere in Städten wie Bengaluru, Hyderabad und Pune. Es hat zudem eine zentrale Rolle in der globalen Outsourcing-Wirtschaft und der technologischen Transformation entwickelt.